

RATSINFORMATIONSSYSTEM DER STADT TRIER

Auszug - Einzelhandelsentwicklung: Einzelhandelsvorhaben auf dem Petrisberg - Ansiedlung eines Drogeriemarktes an der Robert-Schuman-Allee

| | | | |
|--------------------------|--|----------------------|---|
| Sitzung: | Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Steuerungsausschusses | | |
| TOP: | Ö 4 | | Wortprotokoll Beschluss |
| Gremium: | Steuerungsausschuss | Beschlussart: | abgelehnt |
| Datum: | Do, 11.12.2014 | Status: | öffentlich/nichtöffentlich |
| Zeit: | 17:05 - 20:35 | Anlass: | ordentliche Sitzung |
| Raum: | Großer Rathaussaal, Rathaus, Verw. Geb. I, Am Augustinerhof | | |
| Ort: | | | |
| Vorlage: | 453/2014 Einzelhandelsentwicklung: Einzelhandelsvorhaben auf dem Petrisberg - Ansiedlung eines Drogeriemarktes an der Robert-Schuman-Allee | | |
| Status: | öffentlich | Vorlage-Art: | StA öffentlich |
| Berichterstatter: | 1. Oberbürgermeister Jensen 2. Beigeordnete Kaes-Torchiani 3. Beigeordneter Egger | | Aktenzeichen: A140911.stv_ifa.di |
| Federführend: | Amt für Stadtentwicklung und Statistik | Beteiligt: | Stadtplanungsamt |
| Bearbeiter/-in: | Klein, Anne | | |

Zu diesem Punkt lag nachfolgender Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.12.2015 vor:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, einen Drogeriemarkt auf dem Petrisberg zu betreiben.“

Herr Oberbürgermeister Jensen leitete mit einigen grundsätzlichen Anmerkungen in die Thematik ein. Es handele sich um einen Vorgang von besonders großer Bedeutung, zum einen aufgrund des Inhaltes und zum anderen aufgrund des Umgangs mit der Thematik.

Die Frage, ob ein Drogeriemarkt entgegen aller Vorgaben zugelassen werde oder nicht, habe möglicherweise eine präjudizierende Wirkung auf die Stadtplanung und Stadtentwicklung in Trier von langfristiger Bedeutung. Bei objektiver Betrachtung, sorgfältiger Abwägung und Saldierung der Pro- und Contra-Argumente müsse der Vorlage der Verwaltung zugestimmt werden. Wenn diese Zustimmung nicht gegeben werde, dann ziehe dies eine Folge negativer Auswirkungen auf unterschiedlichen Ebenen nach sich.

Es gebe Festlegungen im Einzelhandelskonzept an verschiedenen Stellen. Nun habe sich ein Investor gemeldet, der dort oben zum Zuge gekommen sei. Es habe klare Aussagen darüber gegeben, was auf dem Petrisberg möglich sei und was nicht. Trotzdem sei die Verwaltung mit dem Investor in einen erneuten Dialog getreten, um ihm entgegen zu kommen, durch intensive Gespräche. Die genauen Fakten und Zahlen seien im Detail nachvollziehbar. Die für den Investor mögliche Fläche sei um nahezu 50 %, um die es bei den Steigerungen gehe, erweitert worden. Der Investor habe dem zugestimmt und es sei eine schriftliche Vereinbarung dazu getroffen worden. Diese Vereinbarung sei einseitig aufgekündigt worden. Dies ändere auch nichts, dass nun das Gegenteil behauptet werde in Schriftsätzen von Anwälten, etc. Tatsache sei - und dies sei alles belegbar -, dass man sich einig gewesen sei. Die Verwaltung habe die Möglichkeiten gedehnt im Interesse des Investors und er habe dies akzeptiert. Monate später habe er dies einseitig aufgekündigt.

Alles, was der Stadtrat in den vergangenen Jahren in Bezug auf Steuerung im Bereich des Handels

beschlossen habe, wäre Makulatur, wenn man beliebig würde.

Ein Gutachten weise nach, dass die Ansiedlung eines solchen Drogeriemarktes dort zu einem Einbruch des Umsatzes des Marktes an der Kohlenstraße von etwa einem Drittel führen würde und dies wäre wahrscheinlich das Aus dort. Es werde an einer Stelle etwas vermeintlich Positives geschaffen, was an anderer Stelle ein neues Problem aufreißt.

Warum sei dies von so grundsätzlicher Bedeutung? Wenn man nicht mehr in Zukunft auf Vereinbarungen basiert die gemeinsame Politik in der Einheit von Rat und Verwaltung machen könne, sondern es ausreiche, dass ein Investor eine Absprache nicht einhalte und er dann zu den Fraktionen laufe und werbe - was sein legitimes Recht sei - und dem nachgegeben werde, dann werde die Politik gänzlich beliebig in Zukunft. Es gebe Nachteile in Alt-Kürenz, es gebe Nachteile in Tarforst, es gebe Nachteile für weitere Perspektiven, etc. Dies alles müsse berücksichtigt werden.

Gerade in den letzten beiden Jahren habe man sehr intensiv über die Beteiligungsrechte von Beiräten, von Ortsbeiräten und Fachgremien gesprochen. Ihre Rechte sollen gestärkt werden. Vorliegend passiere es jedoch, dass Fraktionen plötzlich anders entscheiden als sie dies vor einer Woche noch mit entsprechenden Argumenten vertreten haben. Dies könne man in einer Demokratie in Kauf nehmen. Was man jedoch nicht in Kauf nehmen könne, ist, dass der Stadtrat im April die Entscheidung als sehr schwierig eingestuft habe und deshalb der Runde Tisch Einzelhandel in die Diskussion eingebunden werden sollte. Der Runde Tisch habe sich sehr intensiv mit dieser Frage beschäftigt und komme zu dem Ergebnis, dass die Positionierung der Verwaltung richtig sei. Dies solle nun ignoriert werden. Genau so solle die Stärkung der Ortsbeiräte nun dadurch erfolgen, dass ein Beschluss des Ortsbeirates Kürenz nicht ernst genommen werde. Die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema, zum einen aus der Beschäftigung vor Ort und zum anderen durch ihre Fachlichkeit im Runden Tisch Einzelhandel solle in der Summe - neben der Kompetenz der Dezernate in dieser Frage - nicht gelten.

Herr Oberbürgermeister Jensen bat die Ratsmitglieder und die Fraktionen eindringlich, die Ablehnung der Vorlage noch einmal zu überdenken. Es werde ein großes Fass aufgemacht. Es werde Fachlichkeit untergraben und es werde Beteiligung untergraben. Dies sei keine Absicht, aber es sei die Folge, wenn die Vorlage so nicht angenommen werde.

Man sei dem Investor sehr weit entgegen gekommen. Und eigentlich müsste anders argumentiert werden. Wenn eine schriftliche Vereinbarung auf der Grundlage der Festsetzungen getroffen werde mit einer bestimmten Quadratmeterzahl und wenn diese Vereinbarung unterschrieben werde, zum gleichen Zeitpunkt aber der Investor mit Anzeigen um Mieter werbe mit einer Quadratmeterzahl, die weit über dem liege, was vereinbart worden sei, dann sage dies alles über die Seriosität dieses Vorganges aus.

Ratsmitglied Frau Falk stellte voran, dass sie die Ausführungen des Oberbürgermeisters zur Kenntnis genommen habe und am Schluss ihrer Anmerkungen noch einmal darauf eingehen wolle.

Zur vorliegenden Vorlage sei schon sehr viel diskutiert und geschrieben worden, gerade auch in der jüngsten Zeit. Zunächst gelte der Verwaltung ein Dank für die Argumentenbilanz. Sie gebe einen guten Überblick über die Pro- und Contra-Argumente zu diesem Vorhaben. Es liegen auch zwei umfangreiche Gutachten zu diesem Vorhaben vor. Jeder müsse diese Argumente für sich gewichten. Die CDU-Fraktion habe von Anfang an positiv zu diesem Vorhaben gestanden. Daraus habe sie nie einen Hehl gemacht. Natürlich nehme die CDU-Fraktion die Empfehlungen des Runden Tisches Einzelhandel zur Kenntnis und selbstverständlich auch die Beschlüsse des Ortsbeirates. Gerade zu Letzterem werde auch der Ortsvorsteher noch einige Ausführungen machen.

Welche seien aber nun die entscheidenden Aspekte bzw. Argumente? Das Einzelhandelskonzept 2025+, das gegen eine Ansiedlung spreche? Dieses Konzept liege im Entwurf vor. Hier werde man auch noch in den Fraktionen, in den Ausschüssen und im Stadtrat über die Inhalte, Zielsetzungen, sowie die Gewichtungen

insbesondere im Rahmen des Zentrenkonzeptes zu beraten haben. Im Übrigen sei das Einzelhandelskonzept als Rahmenkonzept zu sehen. Einzelvorhaben müssen daher entsprechend geprüft werden. Seien es Umsatzverlagerungseffekte und der Schutz der Unternehmen vor Konkurrenz oder sei es der Wunsch der Bevölkerung in den Stadtteilen Neu-Kürenz, Petrisberg, Tarforst, Filsch, Irsch, Kernscheid, Olewig, die sich eine bessere, wohnortnahe Versorgung wünschen? In den Stadtteilen Filsch, Irsch, Olewig und Kernscheid gebe es keine Nahversorgung, keine Stadtteilversorgung mehr. Für die CDU-Fraktion sei dies ein Hauptargument für die Ansiedlung eines Drogeriemarktes auf dem Petrisberg. Man schaffe damit einen attraktiven Standort neben der Kohlenstraße und mit dem Verbindungsglied im Treff.

Das Einzugsgebiet über die Stadtgrenzen hinaus und die weitere Entwicklung, insbesondere des Burgunderviertels, der Studentenwohnheime und weiterer Wohnbebauung in diesen Stadtteilen machen diese Erweiterung absolut verträglich. Es sei keine Zunahme der Verkehrsströme zu befürchten allein durch die Ansiedlung eines Drogeriemarktes. Hier werde es vielmehr zu einer Entzerrung der Verkehrsströme kommen, was den Menschen, die dort wohnen, zu Gute komme. Auch dies sei ein Argument für den Standort Petrisberg.

Eventuelle Investitionsvorhaben der Zukunft können kein Argument gegen die Ansiedlung sein. Auch hier werde über die Ausführungen im Entwurf des Einzelhandelskonzeptes 2025+ im Bereich Alt-Kürenz/Gartenfeld zur notwendigen Nahversorgung in diesem Bereich und zur Entwicklung des Bereiches Walzwerk noch intensiv zu diskutieren sein.

Die CDU-Fraktion werde der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen und habe deshalb folgenden Änderungsantrag gestellt: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, einen Drogeriemarkt auf dem Petrisberg zu betreiben.“ Dies habe sich die CDU-Fraktion gut überlegt. Es dürfe in der Stadt Trier keine Stadtteile erster und zweiter Klasse geben. Wenn versucht werde, darzustellen, dass in Alt-Kürenz/Gartenfeld keine weitere Entwicklung mehr möglich sei, wenn auf dem Petrisberg ein Drogeriemarkt angesiedelt würde, so glaube die CDU-Fraktion nicht, dass dies der Wahrheit entspreche.

Herr Oberbürgermeister Jensen erwiderte, dass weder in der Vorlage noch an anderer Stelle jemals die Position vertreten worden sei, dass es keine Entwicklung gebe. Unter dem zweiten Spiegelstrich in der Vorlage werde ausgeführt, dass unter Dehnung dessen, was festgelegt worden sei, ausdrücklich gesagt werde, dass für die Bürger/innen, die ortsnah wohnen, auf 300 qm zusätzlich Artikel im Drogeriebereich verkauft werden können. Es sei nicht so, dass man irgendjemanden abschneiden wolle.

Ratsmitglied Herr Teuber bezeichnete es als interessant, dass ein Drogeriemarkt so viele Diskussionen bestimmen könne und wie ein Investor meine, sich selbst Regeln aufsetzen zu müssen und dies nun als bestätigt quittiert bekomme. Einer wolle „wilde Sau“ spielen. All die Vereinbarungen im Vorfeld und das, was der Stadtrat demokratisch beschlossen habe, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, wolle man nun einem Investor opfern. Dies könne man zweifelsohne tun, aber es sei die Frage, was in der Folge geschehe. Wem wolle man künftig ernsthaft ein Projekt zurück weisen, wenn er in einem - von Frau Falk zitierten - „Stadtteil zweiter Klasse“ etwas hinsetzen wolle, was einer Entwicklung der Stadt aus Sicht der Verwaltung und des Stadtrates nicht gut tue. Der Vorgang erinnere an den „Besuch der alten Dame“. Es sei ein unmoralisches Angebot. Es gehe scheinbar nur um ein paar belanglose Quadratmeter. Darüber brauche man nicht nachdenken und man nehme es schnell an und dann habe endlich jeder einen Drogeriemarkt. Aber, was die Folge daraus sei, bedenke scheinbar niemand.

Zur Verdeutlichung zeichnete Ratsmitglied Herr Teuber folgendes Szenario auf: „Wir fahren von Filsch durch die schöne Kohlenstraße, natürlich an einem bestens ausgebauten Einkaufszentrum vorbei. Lassen dies links liegen und fahren erst einmal in den Stau an der Universität. Dort warten wir noch ein wenig, natürlich, weil wir ja gerne die Zeit auf uns nehmen und ohnehin nicht schon den ganzen Tag im Stau stehen. Dann fahren wir

durch den Kreisverkehr. Auch dort ist ja bekanntlich nicht gerade wenig los. Und dann fahren wir in die künftig verkehrsberuhigte Robert-Schuman-Allee. Natürlich wollen wir diese Straße hinsichtlich des Verkehrs beruhigen, wollen aber gleichzeitig auch, dass mehr Verkehr dort stattfindet. Das ist ja gar kein Problem. Wir suchen uns dann dort einen Parkplatz, wo der Investor heute schon sagt, dass es eng werden könnte, wenn all die anderen noch dazu kommen. Und dann haben wir auf der anderen Seite noch einen Lidl, der sicherlich auch Interesse auf Erweiterung hat. In der Konsequenz heißt das ja, ich muss als Bürger aus Filsch kommend natürlich das bessere Angebot nehmen und fahre deshalb eine halbe Stunde länger. Weil hinten ist ja ein Drogeriemarkt - ach nein, stimmt - vorne in der Kohlenstraße ist ja auch ein Drogeriemarkt. Also ist das vielleicht gar nicht so attraktiv. Also ist es vielleicht gar nicht zweiter Klasse!“

Ratsmitglied Herr Teuber räumte ein, dass dies sehr stark konstruiert erscheine, aber die Situation recht deutlich mache.

Man brauche keinen Stadtteil zu einem Stadtteil zweiter Klasse zu machen. Man werde die Marktwirtschaft auch nicht damit aushebeln, dass es dazu führe, dass immer stärker Zentren gebildet werden und eine Nahversorgung in einem Stadtteil auch mit diesem Thema nicht erreicht werde. Alt-Kürenz habe nichts von dem Drogeriemarkt. Die Bewohner von Alt-Kürenz werden nicht hoch fahren, sondern eher runter. Der Vorteil für diesen Stadtteil sei gleich Null. Allenfalls die Auswirkungen für Tarforst könnten beleuchtet werden. Tarforst würde vielleicht benachteiligt werden, weil aus Filsch alle in die Robert-Schuman-Allee fahren.

Aber all dies sei nicht von Interesse. Man wolle gerne einem Investor das Angebot unterbreiten. Und dies obwohl die Verwaltung gesagt habe, dass der Investor mehr Möglichkeiten habe und obwohl die Verwaltung ihm entgegen gekommen sei und obwohl der Investor gesagt habe, dass er die Pläne unterstütze. Dieser Investor habe vorher gewusst, worauf er sich einlasse. Niemand könne acht Wochen später wieder davon zurücktreten. Dies gehe schlichtweg nicht und aus diesen Gründen sei es eindeutig, dass die SPD-Fraktion niemals für das Ansinnen des Investors sein könne. Die SPD-Fraktion unterstütze die Vorlage. Den Änderungsantrag der CDU-Fraktion sehe sie als nicht zielführend an.

Ratsmitglied Herr Prof. Dr. Kleber stellte voran, dass er die bereits vorgetragenen Argumente nicht wiederholen wolle. Auch wolle er nicht so emotional sprechen.

Es sei schon so mancher Beschluss gefasst worden, der nachträglich unter neuen Erkenntnissen wieder geändert worden sei. Die Ausführungen des Oberbürgermeisters seien sehr wohl zu bedenken, dass ggf. etwas grundsätzlich verändert werde, dass Fachkompetenz untergraben werde, dass Beteiligung missachtet werde. Der Ortsbeirat sei im Februar beteiligt worden und er habe sich eindeutig für die Ansiedlung ausgesprochen. Besonders schwer wiegen die Aspekte zur Vertragstreue. Die Verhandlungen seien offensichtlich nicht zielführend gewesen. Auf der einen Seite gebe es den erklärten Wunsch, dass dort oben eine Versorgung nicht im Rahmen eines Subsortimentes, sondern als Drogeriemarkt erfolgen möge. Das wirtschaftliche Risiko werde vom Betreiber des Drogeriemarktes in Tarforst, der auch hier der Betreiber sein werde, getragen. Die städtebaulichen Nachteile, wie sie beschrieben worden seien und wie sie in der Kurzfassung der Vorlage dargelegt werden, könne man nicht teilen. In beiden Gutachten werden sehr gute Argumente dargelegt, die man gegeneinander gewichten müsse.

Zusammenfassend stellte Ratsmitglied Herr Prof. Dr. Kleber dar, dass die FWG-Fraktion die Gefahren, dass städtebauliche Nachteile entstehen, nicht sehe.

Es sei unbestritten, dass, wenn man nun in die Realisierung gehe, Vorteile entstehen. Dies habe man zu beobachten und wenn sich diese Vorteile nicht einstellen, werde derjenige, der das wirtschaftliche Risiko trage, an aller erster Stelle ein Interesse haben, hier nachzubessern.

Aus diesem Grund stimme die FWG-Fraktion dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu.

Ratsmitglied Herr Marz bedankte sich bei Ratsmitglied Herr Prof. Dr. Kleber, dass er zur Versachlichung

beigetragen habe.

Es handele sich um eine klassische, politische Frage. Es gebe eine Reihe von Argumenten für und gegen den Drogeriemarkt. Heute könne man nicht entscheiden, was sich bewahrheiten werde. In den vergangenen Jahrzehnten hätte man sich von einigen so viel Prinzipientreue gewünscht, wie sie heute - auch von der Verwaltung - zur Schau getragen werde. Dies werde manchmal so oder so ausgelegt, genau so wie das auch mit Beteiligungsvoten geschehe.

Das Verhalten des Investors, soweit es bekannt sei, halte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in hohem Maße für ärgerlich. Man wolle aber gegenüberstellen, dass das Ziel, in einem solchen Stadtteil eine ordentliche Versorgung hinzubekommen, nicht gerade einfach sei. Es sei eine verheerende Fehlentwicklung, auch der vergangenen Jahrzehnte, dass nicht nur viele Gemeinden auf dem Land sondern auch viele Stadtteile von der Infrastruktur her ausgetrocknet seien. Vor diesem Hintergrund sollte man sich freuen, wenn es Ansiedlungen in Stadtteilen gebe.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe ihre Auffassung dazu verändert. Dies sei keineswegs anstößig. Es wäre wünschenswert, wenn andere Politiker manchmal auch ihre Auffassungen verändern könnten.

Herr Michels, Ortsvorsteher des Ortsbezirkes Trier-Kürenz, meldete sich zu Wort und machte deutlich, dass sich der Ortsbeirat seiner klaren Verantwortung gestellt habe. Er zitierte dazu aus der Niederschrift des Ortsbeirates vom 04.02.2014. Im Weiteren ging Herr Michels auf die von Herrn Oberbürgermeister Jensen geschilderte Irritation ein und gab einen Offenlagebeschluss des Stadtrates vom 31.05.2012 wieder. Das Spannungsfeld Bauplanung und Einzelhandelskonzept werde in naher Zukunft noch öfter den Stadtrat beschäftigen.

Fraktionsübergreifendes Ziel des Ortsbeirates sei eine Attraktivitätssteigerung des Petrisberges. Die Entscheidung vom Februar 2014 im Ortsbeirat sei für ihn, so Herr Michels, der eindeutige Auftrag gewesen, für das Vorhaben zu werben und dafür einzutreten. Die Argumente seien im Runden Tisch Einzelhandel hinreichend dargelegt worden, werden jedoch nun schlichtweg nicht mehr erwähnt.

Zum Abschluss seiner Ausführungen legte Herr Michels die weitere Genese des gesamten Vorganges auch im Ortsbeirat im Detail dar.

Ratsmitglied Herr Teuber wies darauf hin, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion insofern missverständlich sei, als nach der Formulierung der Eindruck entstehe, als dass die Verwaltung selbst den Drogeriemarkt betreibe. Insofern wäre eine Konkretisierung erforderlich.

Ratsmitglied Herr Teuber stellte den Vergleich zur Situation in Feyen-Castelnau und der dortigen Ansiedlung des Edeka-Marktes her. Der Edeka habe eine größere Fläche eingefordert, was jedoch aus bestimmten Gründen abgelehnt worden sei. Dies zeige, dass in vergleichbaren Fällen unterschiedliche Handlungsweisen an den Tag gelegt werden. Insofern sei dies kein theoretisches Problem, sondern ein praktisches. Die Rechtfertigung und Bezugnahme auf einen Plan werde dann nicht mehr heran gezogen werden können.

Die Bedürfnisse nach großen Flächen werden steigen und das Problem werde darin liegen den großen Hunger nach Flächen einzudämmen. Auch der Verdrängungswettbewerb werde zunehmend zu einer Gefahr. Der Fehler, der vor vielen Jahren schon an anderer Stelle gemacht worden sei, sollte nicht noch einmal wiederholt werden.

Ratsmitglied Herr Teuber bat darum, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Argumente darlegen solle, warum sie ihre Meinung geändert habe.

Herr Beigeordneter Egger verwies eingangs seiner Ausführungen auf die hinreichend schriftlich dargelegten Argumente und machte deutlich, dass er im Hinblick auf die Diskussion einige Punkte klarstellen wolle.

Eine Nahversorgung spiele sich in der Regel unterhalb der Großflächigkeit ab. Es sollen diejenigen erreicht

werden, die in unmittelbarer Nähe wohnen. Der Markt brauche ein Einzugsgebiet, sonst käme es auch nicht - wie die ISU selbst darstelle - zu der Umsatzverlagerung von Tarforst. Es gebe dann auf dem Petrisberg zwei Märkte, die auf eine entsprechende Frequenz angewiesen seien. Wenn einer davon überleben solle, habe er möglicherweise das bessere Umfeld und Sortiment. An dieser Stelle sei der Hinweis erlaubt, dass sicherlich eine Aldi / Edeka / DM-Ansiedlung stärker ziehe als eine Lidl / Wasgau / Rossmann-Ansiedlung.

Die ‚Stützansiedlung‘ bedeute für den Wasgau selbst einen Umsatzverlust von 1,8 %. Der Markt hätte die Chance gehabt, die 300 qm zu nehmen und eigenen Umsatz zu machen. Dies werde er aus einem bestimmten Grund nicht gemacht haben, vielleicht weil die Konkurrenz aus Tarforst zu groß sei.

Wenn darüber gesprochen werde, ob der Wasgau funktioniere oder nicht, dann müsse man sich vielleicht die dahinter stehenden Konzepte anschauen und nicht nur die Größe der Ansiedlung alleine.

Der Bebauungsplan sei im Einzelnen zwischen Amt 12 und Amt 61 abgestimmt. Wenn von Nahversorgung gesprochen werde, müsse auch die Großflächigkeit mit bedacht werden. Dass festgestellt werde, dass das Bauvorhaben bzw. das Grundstück zu groß sei, um alles mit Einzelhandel in seiner Großflächigkeit und mit dem bisherigen Konzept zu füllen, sei legitim und auch richtig gewesen. Deshalb sei man auch mit dem Investor im Gespräch gewesen, um die weiteren Möglichkeiten auszuloten. Bei den Einzelhandelsnutzungen, die vorgeschlagen werden, handele es sich um kleine Nutzungen.

Ein weiteres Problem stelle die Vergrößerungsabsicht des Lidl dar. Wenn der Drogeriemarkt zugelassen werde, könne man kein Argument mehr gegen die Vergrößerungsabsicht des Lidl vorbringen, weil das Einzelhandelskonzept an dieser Stelle mit dieser Entscheidung „über den Haufen geworfen“ werde. Das alte Konzept sehe an dieser Stelle gar nichts vor.

Man sei dem Investor schon sehr entgegen gekommen.

Frau Beigeordnete Kaes-Torchiani führte ergänzend aus, dass im Rahmen des Bebauungsplanes die Planung des Investors berücksichtigt worden sei. Es seien 1.200 qm festgelegt worden. Im Zuge der Auslegung des Bebauungsplanes und in den weiteren Verhandlungen habe der Investor keine Hinweis gegeben, dass er mehr Fläche benötige.

Die Vertreter der Stadt haben die Aufgabe, das gesamte Stadtgebiet zu betrachten. Derzeit versuche die Verwaltung händierend und mit allen Möglichkeiten kleinere Nahversorger wieder zu etablieren. In Pfalzel sei dies bspw. gelungen mit dem Netto-Markt. Diese Bemühungen brauche die Verwaltung nicht weiter verfolgen, wenn das Einzelhandelskonzept nicht mehr bindend sei. Es handele sich um ein diffiziles „Mobile“. Wenn man an einer Schraube drehe, gerate das gesamte „Mobile“ ins Wanken. Wenn heute der Beschluss gefasst werde, dann werde das „Mobile“ aus dem Gleichgewicht geraten.

Auch stelle sich die Frage, wie in künftigen Fällen mit Anfragen von Investoren umgegangen werde, wenn Konzepte und Bebauungspläne keine Gültigkeit mehr haben. Der Stadt werde Schaden zugefügt, wenn Argumente keine Berücksichtigung mehr finden und die Arbeit der Verwaltung stets negiert werde.

Wenn der Steuerungsausschuss heute nicht dem Vorschlag der Verwaltung folge, dann werde spätestens in fünf Jahren der Fehler offenkundig.

Ratsmitglied Herr Frisch stellte voran, dass er dem Stadtrat noch nicht so lange angehöre und er daher die Vorgeschichte im Detail nicht mit verfolgt habe. Dadurch habe er möglicherweise einen anderen Blick auf die Angelegenheit. Er wolle nicht im Detail auf die Argumente eingehen. Diese habe er sich sorgfältig angesehen und er sei der Auffassung, dass diese so oder so gewichtet werden können. Dabei wolle er zugestehen, dass er die Argumente der Verwaltung für überzeugender halte.

Er wolle heute gerne die Gelegenheit nutzen, auf Aspekte aus der Perspektive der Bürger hinzuweisen. Jeder Bürger, der ein Vorhaben angehe und dafür eine Genehmigung erhalte, werde zu Recht darauf verpflichtet, sich an diese Vorgaben zu halten. Die Bürger nehmen sehr genau zur Kenntnis, wie die Stadt mit Investoren

umgehe. Häufig sei schon die Kritik zu hören gewesen, dass ein Investor nur zu kommen brauche und in der Stadt alles genehmigt werde. Vor diesem Hintergrund, so Ratsmitglied Herr Frisch, sei es befremdlich, dass man einem Investor nachgebe, wenn er Festsetzungen und getroffene Vereinbarungen nicht einhalte. Dies sei sehr bedenklich, auch im Hinblick auf die Außenwirkung und im Hinblick darauf, was in Zukunft passiere.

Zum Punkt Außenwirkung bemerkte Ratsmitglied Herr Frisch, dass scheinbar einige Ratsmitglieder oder auch Fraktionen ganz plötzlich eine andere Meinung vertreten. Auch das werde von den Bürgern sehr aufmerksam verfolgt. Der Vorwurf stehe im Raum, dass nicht sachgerecht entschieden, sondern aus parteitaktischen Gründen Entschlüsse gefasst werden, die vorher so nicht vertreten worden seien. Dies halte die AfD-Fraktion für sehr bedenklich und fatal in der Außenwirkung. Was sollen die Bürger denken, wenn die Entscheidungen nicht so gefällt werden, wie sie vielleicht über Jahre hinweg von der Sache her vertreten worden seien, sondern andere Gesichtspunkte einfließen, die mit der Sache nichts zu tun haben. Damit werde der Eindruck vermittelt, dass es nicht mehr um das Wohl der Stadt gehe, sondern um andere Interessen.

Vor diesem Hintergrund, so Ratsmitglied Herr Frisch abschließend, halte er die Diskussion für bemerkenswert, aber auch bedenklich.

Ratsmitglied Frau Kohrs merkte an, dass sich die Linksfraktion sehr kritisch mit der Problematik auseinandergesetzt habe und zu dem Schluss komme, dass die aufgezeigten Probleme nicht so sehr im Vordergrund stehen wie die positiven Argumente. Es sei wichtig, dass die Nahversorgungssituation in den einzelnen Ortsteilen und Bereichen verbessert und ausgebaut werde.

Als positives Argument sei zu sehen, dass die Verkehrssituation entlastet werde. Die aufgezeigte Problematik für Tarforst und die Kohlenstraße sehe die Linksfraktion nicht, da der Einzugsbereich sehr groß sei. Die in unmittelbarer Umgebung lebenden Bürgerinnen und Bürger wollen einen Drogeriemarkt.

Die Linksfraktion sehe keine Problematiken im Hinblick auf eine mögliche Unterversorgung in Kürenz und Mitte/Gartenfeld. Die Ansiedlung eines Aldi oder Edeka sei nicht durch die Ansiedlung eines Drogeriemarktes gefährdet. Es bestehe der Eindruck, als sei die Angst nur im Hinblick auf die Nichteinhaltung des Rahmenkonzeptes vorhanden. Dies könne die Linksfraktion nicht teilen. Jeder kritische Eintrag sollte immer gesondert geprüft werden.

Die Linksfraktion werde dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Zu den Hinweisen zum Bedarf der Bevölkerung bemerkte Herr Oberbürgermeister Jensen, dass bis zum Zeitpunkt der Vorverträge seitens der Bürgerschaft keine Forderung nach einem Drogeriemarkt aufgekommen sei. Der Investor sei der erste gewesen und nun werde im Nachgang in der Debatte ein Bedarf der Bürger formuliert. Dieser Bedarf sei von den Bürgern nie kundgetan worden.

Ratsmitglied Frau Falk brachte zum Ausdruck, dass es ihr aufgrund der nun geführten Diskussion schwer falle, sachlich zu bleiben.

Ratsmitglied Herr Teuber habe eingangs seiner Ausführungen von einer demokratischen Legitimation gesprochen und von einer Verpflichtung den Bürgern gegenüber. Es wäre interessant zu wissen, auf welchem Beschluss des Stadtrates im Zusammenhang mit der Ansiedlung eines Drogeriemarktes auf dem Petrisberg diese Aussage fuße.

Die freie Entscheidung für die Mitglieder im Ortsbeirat stelle niemand in Frage, aber das Recht auf freie Entscheidung gelte für alle und somit auch für die Mitglieder des Steuerungsausschusses.

Wenn man in der Diskussion um die Ansiedlung eines Drogeriemarktes auf dem Petrisberg dazu komme, von Eindämmung des Flächenhungers sprechen zu müssen, von großflächigem Einzelhandel, von Heuschrecken, die einfallen und denen man unbedingt Paroli bieten müsse, dann wisse man nicht, wie die Relationen gesehen werden. Es gehe um die Ansiedlung eines Drogeriemarktes.

Jeder müsse die vorliegenden Argumente für sich gewichten. Dieses Recht stehe jedem zu und müsse bei jedem akzeptiert und respektiert werden. Die CDU-Fraktion habe die Argumente anders gewichtet. Im Laufe der Diskussion habe sich eine „Drohkulisse“ aufgebaut, die nicht gut zu heißen sei.

Herr Oberbürgermeister Jensen wies darauf hin, dass es sehr wohl Beschlüsse gebe. Es gelte das alte Einzelhandelskonzept, das für diesen Bereich nichts vorsehe. Darüber hinaus habe der Stadtrat dem Bebauungsplanentwurf und dem Entwurf des Flächennutzungsplanes zugestimmt.

Ratsmitglied Frau Dr. Tressel bemerkte, dass der einzige Grund für das von Ratsmitglied Herr Teuber dargelegte Szenario in einem übervollen Parkplatz in der Kohlenstraße liegen könne. Das Szenario sei in keiner Weise sachlich.

Bei Genehmigung des Studentenwohnheims „The Flag“ sei immer wieder darauf hingewiesen worden, dass mit der Ansiedlung der Studentenwohnungen nicht noch mehr Verkehr in Richtung Kohlenstraße produziert werden solle. Nun komme noch das Burgunderviertel hinzu.

Die Thematik sollte sachlich behandelt werden und es sei der Sache nicht dienlich, ein utopisches Szenario aufzubauen. Jeder habe das Recht, seine Meinung kund zu tun. Und im Laufe eines Prozesses sollte es auch möglich sein, seine Meinung zu ändern.

Frau Beigeordnete Kaes-Torchiani erläuterte, dass es derzeit Planungen gebe, den Parkplatz an der Kohlenstraße zu erweitern, so dass dort ein Stau nicht mehr entstehen könne.

Ratsmitglied Herr Biegel verdeutlichte, dass sich der Stadtvorstand in der Vergangenheit selten so sehr für eine Sache eingesetzt habe, wie dies vorliegend der Fall sei.

Im Weiteren wolle er seinen Unmut darüber zum Ausdruck bringen, dass denjenigen, die die Vorlage nicht mittragen, unterstellt werde, sie seien gegen die Stadt. Alle kämpfen dafür, für die Stadt das Beste heraus zu holen.

Man müsse akzeptieren, dass ein Lebensmittelmarkt im Cent-Bereich mit Deckungsbeiträgen arbeite, und dass der teuerste Faktor das Personal und nicht die Miete sei. Viele versuchen, über die Fläche den teuersten Kostenfaktor zu verteilen.

Der Blick müsse in die Zukunft gerichtet werden. Hier werde der Internet-Handel zunehmend eine wichtige Rolle einnehmen.

Zur Ansiedlung eines Drogeriemarktes seien Pro- und Contra-Argumente vorgetragen worden und jeder müsse für sich überlegen, welchen Argumenten er folgen wolle.

Herr Oberbürgermeister Jensen erklärte, dass einige Aussagen die Vorlage der Verwaltung bestätigen. Dass es Informationen in den Gremien und auch ein Schreiben des Oberbürgermeisters dazu gebe, liege in der Ursache begründet, dass es zu kaum einem Thema so viel Falschinformationen und Fehleinschätzungen aufgrund mangelnder Informationen gegeben habe, wie im vorliegenden Fall. Auch sei dies ein Ausdruck der großen Sorge, die die Verwaltung habe und die er eingangs formuliert habe. Das Engagement sei deshalb so groß, weil es sich um eine höchst sensible Entscheidung handle, die nun getroffen werde und weil sie präjudizierende Wirkung habe.

Ratsmitglied Herr Neises hielt es für ein Zeichen der Angst, dass der Stadtvorstand so entschlossen gegen etwas kämpfe. Er habe Angst vor den Konsequenzen, die langfristig kommen werden. Das Einzelhandelskonzept sei eines der wichtigsten Themen in der Stadt. Der Weg zum Einzelhandelskonzept sei ein Mobile für die gesamte Stadt Trier. Die Ratsmitglieder stehen in der Verantwortung, die Gesamtstadt im

Blick zu haben.

Die CDU habe ihre Auffassung von Anfang an dargelegt. Für die Haltung der Grünen habe er, so Ratsmitglied Herr Neises, leider kein Verständnis. Die Arbeit der vergangenen Jahre werde mit einer solchen Haltung ad absurdum geführt. Der einzige Grund liege darin, dass Frau Bürgermeisterin Birk im Amt bleibe.

Herr Oberbürgermeister Jensen appellierte daran, keine neue Diskussionsebene aufzutun.

Ratsmitglied Frau Dr. Tressel hielt die letzte Aussage von Ratsmitglied Herr Neises für nicht fair. Sie sei in einer sachlichen Diskussion nicht zu dulden.

Herr Oberbürgermeister Jensen erklärte, dass er grundsätzlich darum bitte, an der Sache orientiert zu diskutieren. Eine rügenswerte Äußerung erkenne er nicht. Ob sie geschmackvoll sei, sei eine andere Frage. Bei dieser Beurteilung müsse er seine eigenen Maßstäbe ansetzen, wenn er interveniere. In vielen Sitzungen werden oft grenzwertige Äußerungen getätigt. Dies sei bedauerlich und es wäre gut, wenn diese Grenze nicht erreicht werde.

Ratsmitglied Herr Marz stellte seinen Ausführungen voran, dass es irgendwann ins Leere gehen werde, wenn die Sozialdemokraten immer wieder versuchen, die politischen Entscheidungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Personen im Stadtvorstand zu verknüpfen. Selbst die Internet-Plattformen werden irgendwann zu müde, das zu wiederholen.

Ratsmitglied Herr Marz appellierte daran, vorsichtig zu sein, wenn es um Meinungsänderungen, Verantwortlichkeiten und um Vergangenheit gehe. Viele „Sünden“ der Vergangenheit (Treviris-Passage, Viehmarkt, Zustand der Schulen, etc.) seien unter sozialdemokratischer Beteiligung gelaufen.

Herr Oberbürgermeister Jensen betonte, dass eine solche Debatte nicht geführt werden sollte. Sie bringe in der Sache nicht weiter.

Ratsmitglied Herr Prof. Dr. Kleber führte aus, dass die FWG-Fraktion das Engagement schätze und auch erkenne, wenn an Konzepten jahrelang gearbeitet werde und dann Änderungen erfolgen. Allerdings sei es die Aufgabe der Verwaltung, dem Stadtrat Entscheidungshilfen zu liefern. Wenn der Rat die fachliche Kompetenz der Verwaltung anerkenne, dann sollte die Verwaltung dem Rat zugestehen, sie politisch zu bewerten und in Gewichtung der Bewertung eine Entscheidung zu treffen.

Namens der CDU-Fraktion modifizierte Ratsmitglied Frau Falk den vorliegenden Änderungsantrag wie folgt: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein Drogeriemarkt auf dem Petrisberg betrieben werden kann.“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, stellte Herr Oberbürgermeister Jensen den Änderungsantrag der CDU-Fraktion in der von Frau Falk modifizierten Form zur Abstimmung.

Der Steuerungsausschuss beschloss bei 11 Ja-Stimmen (sechs Stimmen der CDU-Fraktion, drei Stimmen der Linksfraktion und jeweils eine Stimme der FWG-Fraktion und der Linksfraktion) und sechs Nein-Stimmen (vier Stimmen der SPD-Fraktion und jeweils eine Stimme der AfD-Fraktion und des Oberbürgermeisters):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein Drogeriemarkt auf dem Petrisberg betrieben werden kann.

Herr Oberbürgermeister Jensen erklärte abschließend, dass damit der Änderungsantrag der CDU-Fraktion angenommen sei. Wenn er boßhaft wäre, könnte er die Antwort geben, dass schon jetzt dort oben ein Drogeriemarkt betrieben werden könne, nur nicht in der Größenordnung.